

Freisler, Dr. Roland  
PD

Signatur .....

05529-0001-Bel

Datum 30. Okt. 1933 .....

Völkischer Beobachter (Berlin)

Nr. 302/03

**Staatssekretär Dr. Freisler  
40 Jahre**

Am 30. Oktober begeht der Staatssekretär im Preussischen Justizministerium Staatsrat Dr. Roland Freisler seinen 40. Geburtstag.

Er kam Ende März 1933 als Mitarbeiter des Preussischen Justizministers Hans Kerrl zunächst als Ministerialdirektor ins Justizministerium und wurde dann Ende Mai zum Staatssekretär im Preussischen Justizministerium ernannt. In dieser Eigenschaft ist er an den Reformen der preussischen Justiz hervorragend beteiligt gewesen.

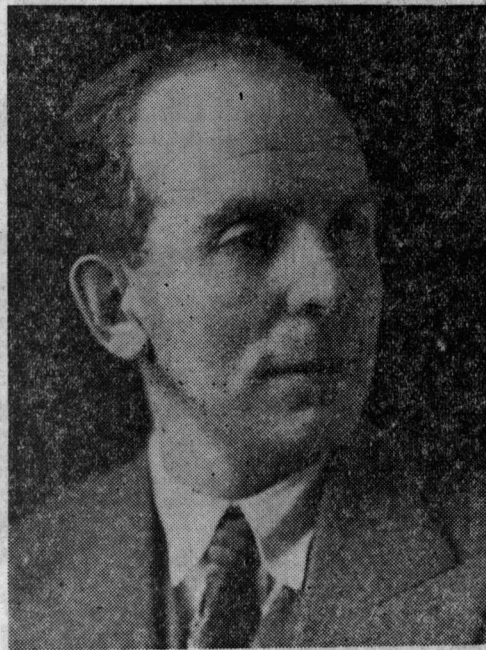
## Völkischer Beobachter (Berlin)

Nr. 308.

### Staatssekretär Freisler 40 Jahre

Der 40. Geburtstag des Staatssekretärs Dr. Roland Freisler im Preussischen Justizministerium sah eine interessante führende Persönlichkeit des neuen Deutschland im Mittelpunkt zahlreicher Ehrungen.

Dr. Freisler erhielt seine Schulausbildung in Aachen und Kassel und studierte dann in Jena. Der Ausbruch des Weltkrieges sah ihn als



kriegsfreiwilligen Studenten an der Front, wo er

#### bei Langemard verwundet

wurde. Nach seiner Genesung kämpfte Dr. Freisler an der Ostfront, wo er im Oktober 1915 in russische Gefangenschaft geriet. Er war dann bis 1920 in Rußland, von wo aus ihm die Flucht nach Deutschland glückte, nachdem er kurz zuvor von den Bolschewiken zum Kommissar für Lebensmittel und Industrie gemacht worden war.

In die Heimat zurückgekehrt, unterzog sich Dr. Roland Freisler am Orientalischen Seminar der russischen Sprachprüfung, die er mit Gut bestand. In Jena promovierte er. Den Dokortitel erhielt er summa cum laude.

Wir sehen ihn dann als Assessor, Richter, Rechtsanwalt, als der er im Winter 1923/24 zur N.S.D.A.P. stößt und ihr ein begeisterter Vorkämpfer in Kurhessen wird. 1924 wird er in Kassel Stadtverordneter und übernimmt die Fraktionsführung. Später gehört er auch dem Provinzial- und Kommunal-Landtag an. Als die Juristen sich organisierten, wird er Landesleiter Preußen im V.N.S.D.A. Nach der Erstkämpfung des Sieges wird Dr. Freisler, der als Landtagsabgeordneter sich schon einen Namen gemacht hat, zunächst als Ministerialdirektor in das Preussische Justizministerium berufen, um kurze Zeit danach Staatssekretär zu werden.

An seinem Geburtstag gedachten seiner nicht nur der Preussische Justizminister und die Beamtenchaft in vielen Ehrungen.

Freisler, R.  
P  
Signatur.....

05529-0003-Bec

Datum..... 2. Juni 1934

Völkischer Beobachter (Berlin)

No. 153

**Dr. Freisler  
ein Jahr Staatssekretär**

Berlin, 1. Juni.

Am heutigen 1. Juni kann Pg. Dr. jur. Roland Freisler auf ein Jahr Amtstätigkeit als Staatssekretär im preußischen Justizministerium zurückblicken.

Pg. Dr. Freisler, der 1923 zur nationalsozialistischen Bewegung stieß und ihr glühender Verfechter und Vorkämpfer im Gau Kurhessen (Kassel) wurde, der als Landtagsabgeordneter und als Verteidiger in zahlreichen politischen Prozessen bekannt war, sorgte dafür, daß der revolutionäre Schwung seiner Arbeit voll dem Aufbau des Reiches Adolf Hitlers zugute kam. Gleich nach der Machtübernahme durch den neuernannten preußischen Justizminister Pg. Kerrl als Ministerialdirektor ins Amt berufen, wurde er am 1. Juni 1933 Staatssekretär. Das bedeutete für ihn aber nicht nur, Vertreter des Ministers und sein erster Mitarbeiter zu sein, das war für ihn nur Anlaß, an dem Neubau des deutschen Rechts unermüßlich zu arbeiten. So hat er hervorragenden Anteil an den Arbeiten zur inneren Umgestaltung der preußischen Justiz, den gesetzgeberischen Arbeiten, Reform des Straf-, Vollstreckungs- und Gnadenrechts, des preußischen Erbhofrechts, der Neugestaltung der Ausbildung des juristischen Nachwuchses, der Denkschrift über nationalsozialistisches Strafrecht. In der Akademie für deutsches Recht als zweiter Stellvertreter des Bundes Deutscher Juristen ist seine Kraft zu spüren.

Signatur

*Freisler, R.*

05529 - 0004 - Bc

Datum 7. Feb. 1935

Völkischer Beobachter (Berlin)

Nr. 38...

**Staatssekretär Dr. Freisler, Leiter der  
wissenschaftlichen Arbeiten der Akademie  
für Deutsches Recht**

Berlin, 6. Februar.

Der Präsident der Akademie für Deutsches Recht, Reichsminister Dr. Hans Frank, hat den Staatssekretär im Reichs- und Preussischen Justizministerium und Vorsitzenden der Strafrechtsabteilung der Akademie für Deutsches Recht, Dr. jur. Roland Freisler, zum Leiter der wissenschaftlichen Arbeiten der Akademie für Deutsches Recht berufen.

Staatssekretär Dr. Freisler unterstützt in dieser Eigenschaft den Präsidenten in seiner Aufgabe, der Einzelarbeit der Ausschüsse der Akademie an der Reform des Rechts die rechtspolitischen Richtlinien zu geben, und wird damit zum unmittelbaren ersten Berater von Reichsminister Dr. Frank in allen Fragen der Rechtsreform.



P.  
Signatur *Freisler, Dr. Roland*

05529-0005-BU

Datum 4. Mai 1935

Frankfurter Zeitung (Frankfurt a. M.)

Nr. 225.

Die „Deutsche Justiz“ teilt mit, daß Staatssekretär Dr. Freisler aus der Schriftleitung der Zeitschrift der „Akademie für deutsches Recht“ ausgeschieden sei.

Dupl. s. 7.

09529-0006-Bcc

Signatur

Datum 22. Aug. 1935

## Kölnische Zeitung

Nr. 423

### Ein Vortrag Dr. Freislers

Auf der Vormittagsitzung des XI. Internationalen Strafrechts- und Gefängnistkongresses hielt Staatssekretär Dr. Roland Freisler einen eingehenden Vortrag über den Wandel der politischen Grundanschauungen in Deutschland und seinen Einfluß auf die Erneuerung von Strafrecht, Strafprozeß und Strafvollzug.

Staatssekretär Dr. Freisler schilderte eingehend in geistvollen und interessanten Ausführungen die Auffassung der Elemente völkischen Zusammenlebens in der absolutistischen, der liberal-parlamentarischen und der nationalsozialistischen Regierungsart. Während der Absolutismus das Volk nicht als Wesen, sondern als eine Masse von Untertanen betrachtete, wurde in der parlamentarischen Demokratie der einzelne Ausgangs- und Zielpunkt. Für das Volk blieb bei solcher Betrachtungsweise überhaupt kein Raum.

Demgegenüber steht der Nationalsozialismus. Ihm erscheint das Volk als ein wirkliches Lebewesen. Der Einzelne erscheint dem Nationalsozialismus als Volksglied, dessen Lebensinhalt in der Erfüllung seiner Aufgabe im Volksganzen besteht, der also im Aufgehen im Volksganzen seinen Lebenssinn erfüllt. Daraus ergibt sich, daß der Staat lebendige Volksgemeinschaft ist.

Es leuchtet ein, daß eine so veränderte Auffassung von Staat und Volk auf den Begriff des Rechtes von grundlegendem Einfluß sein muß.

Raum ein Rechtsgebiet bietet ein so gutes Spiegelbild des Wesens des Staates wie das Strafrecht. Dem liberalen Staat ist das Strafrecht ein Notrecht zur Sicherung der Einhaltung des Gesellschaftsvertrags durch die Einzelindividuen. Dem liberalen Strafrecht ist daher der Satz: „Keine Strafe ohne Gesetz“ Grundrecht.

Für den nationalsozialistischen Staat wird das Strafrecht zum Rüstzeug der Volksgemeinschaft, dem das Reinigungs- und Schutzbedürfnis des Volkes dient.

Dem nationalsozialistischen Strafrecht kann es daher weniger auf die Eindeutigkeit der gesetzlichen Bestimmungen als auf die materielle Gerechtigkeit ankommen, die an Hand des gesunden Volksempfindens jeweils festzustellen ist und die das gesunde Volksempfinden als Rechtsquelle anerkennt. Der Satz *nulla poena sine lege* wird durch die Parole: „Dem Volk sein Recht“ ersetzt. Die liberale Blickrichtung wendet sich der Förderung des Einzelwesens zu, was gerade im Strafrecht sehr leicht zu einer Förderung des der Straftat Verdächtigen führt. Die nationalsozialistische Auffassung wendet sich der Gemeinschaftsförderung zu, wobei sie sich dessen bewußt bleibt, daß Gerechtigkeit dem einzelnen gegenüber auch zur Gemeinschaftsförderung gehört.

Typisch für das liberale Strafrecht ist das Tatstrafrecht. Den Platz der Tattypen nehmen im nationalsozialistischen Strafrecht die Tätertypen ein.

Der Redner erläuterte dann kurz die Unterschiede des liberalistischen und des nationalsozialistischen Strafverfahrens und kam dann auf die Strafen selbst zu sprechen. Besonders schwer ist es, so betonte der Staatssekretär, die Bestrafung des Individuums in der Gestalt der Todesstrafe und der Freiheitsentziehung vom liberalen Standpunkt aus zu rechtfertigen. Bei der zentralen Stellung, die das Individuum im Weltbild des Liberalismus einnimmt, ist die Auslöschung dieses Individuums durch die Todesstrafe kaum tragbar. Auch schon die Freiheitsentziehung bedeutet einen derartigen Eingriff in eins der wesentlichsten Grundrechte aller liberalen Verfassungen, daß sie für die liberale Staatsführung immer ein Problem bleiben mußte. Bei der Einheit von Volk und Staat, von der der Nationalsozialismus ausgeht, und bei der Wertung des einzelnen als Volksglied besteht dagegen eine innere Problematik bezüglich der Berechtigung der Bestrafung nicht. Das Sühnebedürfnis für Taten von Volksgliedern empfindet das Volk als eignes Sühnebedürfnis; das Volk verlangt sogar

von dem einzelnen, daß er auch seinerseits dieses Bedürfnis zur Sühne hat.

Die Sühne muß natürlich in einem gerechten Verhältnis zur Schuld stehen. Darüber hinaus kann es erforderlich sein, daß das Volk sich für die Zukunft gegenüber dem Verbrecher sichert. Dieser Erwägung verdanken die sichernden Maßnahmen des Staates ihre Entstehung. Auch der liberale Staat sah Sicherungsmaßnahmen als geeignetes Mittel zur Aufrechterhaltung der sozialen Ordnung vor. Auf diesem Gebiet finden wir also, wenn auch auf Grund verschiedener grundsätzlicher Erwägungen, praktische Einigkeit, freilich nicht in der Ausgestaltung im einzelnen, wohl aber über die Notwendigkeit und Berechtigung solcher Maßnahmen.

#### Telegramm des Führers

Der Internationale Strafrechts- und Gefängnistkongreß nahm den Vortrag von Staatssekretär Freisler mit großer Aufmerksamkeit und langanhaltendem Beifall auf. Präsident Bumke gab dem Dank noch besondern Ausdruck. Präsident Bumke gab dann, während die Versammlung sich erhob, das Telegramm bekannt, das der Führer und Reichskanzler an den Kongreß gerichtet hat. Es hat folgenden Wortlaut:

Reichsgerichtspräsident Dr. Bumke (Berlin).

Ihnen und den Teilnehmern des Internationalen Kongresses für Strafrechts- und Gefängniswesen danke ich für die mir übermittelten Grüße. Ich erwidere sie mit meinen besten Wünschen für einen guten Erfolg Ihrer Beratungen und gebe gleichzeitig der Hoffnung Ausdruck, daß die ausländischen Teilnehmer des Kongresses bei ihrem Aufenthalt hier das neue Deutschland und seine Arbeit kennenlernen mögen.

Adolf Hitler.

### **Entscheidungen des Kongresses**

Der Kongreß trat dann in die Beratung der von den einzelnen Sektionen bisher vorgelegten Entscheidungen ein.

Entsprechend dem Vorschlag der Sektion 3 nahm der Kongreß einen Beschluß an, der es als wünschenswert bezeichnet, in die Strafgesetzgebung Vorschriften einzufügen, wonach Personen, die wegen eines mit ihrem Beruf zusammenhängenden Verbrechens verurteilt worden sind, die Ausübung des Berufs verboten wird. Das Berufsverbot soll zeitlich beschränkt werden und höchstens fünf Jahre dauern.

Angenommen wurde schließlich ein Beschluß, der dafür eintritt, daß die Jugendgerichte die Befugnis erhalten, Maßnahmen sowohl gegenüber moralisch gefährdeten Jugendlichen als auch gegenüber auf Abwege geratenen und straffälligen Jugendlichen zu treffen. Besondere Organisationen für soziale Fürsorge sollen überall in jedem Staat mit diesen Gerichten eng zusammenarbeiten. Die Gerichte sollen unter anderm auch über Aberkennung der elterlichen Gewalt oder der vormundschaftlichen Befugnisse unwürdiger oder unfähiger Eltern oder Vormünder entscheiden.

### **Beileid zu den Berliner Unglücksfällen**

Zu Beginn der Vollsitzung des 11. Internationalen Strafrechts- und Gefängnis-Kongresses am Mittwoch gab der Präsident des Kongresses, Reichsgerichtspräsident B u m k e, während sich die Versammlung von den Plätzen erhob, dem Reichsminister der Justiz Dr. Gürtner das Wort zu folgenden Ausführungen:

Meine Damen und Herren! Seit ich die Ehre gehabt habe, hier zu Ihnen zu sprechen, sind zwei schwere Unglücksfälle über uns hereingebrochen. In der vorgestrigen Nacht hat ein großer Brand einen Teil der Funkausstellung zerstört. Einem gütigen Schicksal und dem Heldennut der Rettungsmannschaften ist es zu verdanken, daß die Zahl der Opfer, die dieses Unglück erfordert hat, nicht ungemessen groß geworden ist. Schwerer als

dieses Unglück hat uns das gestrige Einsturz- und Unglück beim Bau der Nord-Süd-Bahn in Berlin betroffen. Die Zahl der Todesopfer, die dieses Unglück gefordert hat, ist bis zur Stunde noch nicht zu übersehen, weil es noch nicht gelungen ist, die Aufräumarbeiten trotz des heldenmütigsten Einsatzes aller Kräfte zu vollenden.

Meine Damen und Herren! Sie haben sich spontan von den Plätzen erhoben zu kurzem Gedenken an die Soldaten der Arbeit, die hier auf dem Feld der Arbeit gefallen sind. Es ist selbstverständlich, daß vom deutschen Volk und von der deutschen Regierung alles geschieht, soweit es möglich ist, um die Folgen dieser schweren Unglücksfälle zu mildern. Für die Betundung des Mitgefühls, die aus den verschiedensten Kreisen des Auslandes an uns wie auch an den Herrn Präsidenten des Kongresses gekommen sind, und für die Teilnahme, die Sie soeben durch Ihr Erheben gezeigt haben, darf ich Ihnen den Dank der Reichsregierung aussprechen.

05529-0007-Bc

Signatur

SP

22. Aug. 1935

Datum

## Frankfurter Zeitung (Frankfurt a. M.)

Nr. 426 - - -

### Nationalsozialismus und Strafrecht.

Eine Rede von Dr. Freisler auf dem Berliner Kongress. — Die Arbeit in den Sektionen.

(Privattelegramm der „Frankfurter Zeitung“.)

✠ Berlin, 21. Aug. Die zweite Vollziehung des Internationalen Strafrechts- und Gefängnis-Kongresses zeigte äußerlich dasselbe Bild wie am Montag. Staatssekretär Dr. Freisler nahm sofort das Wort zu seiner großen Rede über den „Wandel der politischen Grundanschauung in Deutschland und seinen Einfluß auf die Erneuerung von Strafrecht, Strafprozeß und Strafvollzug“. Dann gab der Präsident des Kongresses, Reichsgerichtspräsident Dr. Bumke, der Versammlung, die sich aus diesem Anlaß erhob, Kenntnis von einem Telegramm, durch das der Führer und Reichskanzler auf das Begrüßungstelegramm des Kongresses erwiderte und in dem er seine besten Wünsche für das Gelingen der Kongressarbeiten aussprach. Daran schloß Dr. Bumke die schmerzliche Mitteilung, daß der hochverdiente ehemalige Präsident des englischen Amtes für Gefängniswesen und ehemalige Präsident der Internationalen Gefängnis-Kommission, Sir Evelyn Ruggles-Price, verstorben sei. Dr. Bumke widmete ihm herzliche Worte des Gedenkens, die der Kongreß stehend anhörte.

Der Kongreß wandte sich dann der Beratung der von den Sektionen bereits erledigten Fragen zu. Dr. Bumke teilte mit, daß in jeder Sektion je eine Frage, in der dritten Sektion sogar zwei Fragen zu einem Sektionsbeschluß gebieten seien. Er wies darauf hin, daß noch eine gewaltige Arbeitsleistung vom Kongreß und seinen Sektionen zu bewältigen sei und daß es der größten Anstrengung aller Beteiligten bedürfen werde, wenn bis zum Ende der Woche die Arbeit vollendet werden solle.

Als erste Frage kam das zweite Thema der dritten Sektion, die Frage, ob und in welchen Fällen ein richterliches Berufs-ausübungs-verbod als sichernde Maßnahme bei Straftaten, die im Zusammenhang mit der Berufsausübung stehen, zuzulassen sei, zur Abstimmung. Der Generalberichterstatter der Sektion, Senatspräsident am Kammergericht Grau, begründete den Standpunkt der Sektion, der mit seinem wesentlichen nachstehenden Inhalt durch Zuzustimmung angenommen wurde: „Das Berufs-ausübungs-verbod soll (wie es ja in Deutschland seit der Novelle vom November 1933 der Fall ist) grundsätzlich zulässig sein, wo eine schwerere Straftat unter Mißbrauch des Berufes oder Gewerbes begangen und das Berufs-verbod zum Schutz der Allgemeinheit erforderlich ist. Berufs-verbod soll zeitlich auf höchstens fünf Jahre beschränkt sein. Zu seiner Verwirklichung soll ein besonderer Straftatbestand eingeführt werden, der Zuwiderhandlungen mit Gefängnis, Haft- oder Geldstrafen bedroht. Daneben

soll eine polizeiliche Kontrolle der Einhaltung des Verbots veröffentlicht werden.“

Staatssekretär Dr. Roland Freisler schilderte in seinem Vortrag „Ueber den Wandel der politischen Grundanschauungen in Deutschland und seinen Einfluß auf die Erneuerung von Strafrecht, Strafprozeß und Strafvollzug“, wie das „Deutsche Nachrichtenbüro“ berichtet, zunächst die Auffassung der Elemente völkischen Zusammenlebens in der absolutistischen, der liberal-parlamentarischen und der nationalsozialistischen Regierungsart. Während der Absolutismus das Volk nicht als Wesen, sondern als eine Masse von Untertanen betrachtete, sei in der parlamentarischen Demokratie der Einzelne Ausgangs- und Zielpunkt geworden. Für das Volk blieb bei solcher Betrachtungsweise überhaupt kein Raum. Seine Stelle nahm die menschliche Gesellschaft, also gemessen an einem Verein der Individuen ein, der rechtlich zu umreißen sei als die Summe der Stimmberechtigten. Der Staat sei auf den Zweck der Wahrung möglicher Handlungsfreiheit möglichst vieler Einzelwesen beschränkt, habe sich daher außerhalb dieses Zwecks neutral zu verhalten.

Demgegenüber steht, wie Dr. Freisler weiter ausführte, der Nationalsozialismus. Ihm erscheint das Volk als ein wirkliches Lebewesen. Der Einzelne erscheint dem Nationalsozialismus als Volksglied, dessen Lebensinhalt in der Erfüllung seiner Aufgabe im Volksganzen besteht, der also im Aufgehen im Volksganzen seinen Lebenssinn erfüllt. Daraus ergibt sich, daß der Staat lebendige Volksgemeinschaft ist. Es leuchte ein, daß eine so veränderte Auffassung von Staat und Volk auf den Begriff des Rechtes von grundlegendem Einfluß sein müsse. Erscheine dem Liberalismus das Recht als die „Zwangsregel des sozialen Lebens“, so bedeute dem Nationalsozialismus das Recht die Summe der Forderungen des Volksgewissens an das Volk und seine Glieder mit ihm

wenden



Ziele der Durchsetzung des bürgerlichen Lebensrechtes. Rechts- und Unrechtsbegriffe seien dem Nationalsozialismus materiell, dem Liberalismus formell bestimmt.

Nur ein Rechtsgebiet biete ein so gutes Spiegelbild des Wesens des Staates wie das Strafrecht. Dem liberalen Staat sei das Strafrecht ein Notrecht zur Sicherung der Einhaltung des Gesellschaftsvertrages durch die Einzelindividuen. Dem liberalen Strafrecht sei daher der Satz: „Keine Strafe ohne Gesetz“ Grundrecht.

Für den nationalsozialistischen Staat werde das Strafrecht zum Rüstzeug der Volksgemeinschaft, das dem Reinigungs- und Schutzbedürfnis des Volkes diene. Dem nationalsozialistischen Strafrecht könne es daher weniger auf die Eindeutigkeit der gesetzlichen Bestimmungen als auf die materielle Gerechtigkeit ankommen, die an Hand des gesunden Volksempfindens jeweils festzustellen sei und die das gesunde Volksempfinden als Rechtsquelle anerkenne. Der Satz *nulla poena sine lege* werde durch die Parole: „Dem Volk sein Recht“ ersetzt. Die liberale Blickrichtung wende sich der Forderung des Eingeweihten zu, das gerade im Strafrecht sehr leicht zu einer Forderung des der Straftat Verdächtigen führe. Die nationalsozialistische Auffassung wende sich der Gemeinschaftsforderung zu, wobei sie sich bewusst bleibe, daß Gerechtigkeit dem Einzelnen gegenüber auch zur Gemeinschaftsforderung gehöre. Typisch für das liberale Strafrecht sei das Tatstrafrecht. Den Platz der Tattypen nähmen im nationalsozialistischen Strafrecht die Tätertypen ein.

Der Redner erläuterte dann kurz die Unterschiede des liberalistischen und des nationalsozialistischen Strafverfahrens und kam dann

auf die Strafen selbst zu sprechen. Besonders schwer ist es, so betonte der Staatssekretär, die Bestrafung des Individuums in der Gestalt der Todesstrafe und der Freiheitsentziehung vom liberalen Standpunkt zu rechtfertigen. Bei der zentralen Stellung, die das Individuum im Weltbild des Liberalismus einnimmt, ist die Auslöschung dieses Individuums durch die Todesstrafe kaum tragbar. Auch schon die Freiheitsentziehung bedeutet einen derartigen Eingriff in eine der wesentlichsten Grundrechte aller liberalen Verfassungen, daß sie für die liberale Staatsführung immer ein Problem bleiben mußte. Bei der Einheit von Volk und Staat, von der der Nationalsozialismus ausgeht, und bei der Wertung des Einzelnen als Volksglied besteht dagegen eine innere Problematik bezüglich der Berechtigung der Bestrafung nicht. Das Sühnebedürfnis für Taten von Volksgliedern empfindet das Volk als eigenes Sühnebedürfnis; das Volk verlangt sogar von dem Einzelnen, daß er auch seinerseits dieses Bedürfnis zur Sühne hat.

Die Sühne muß natürlich in einem gerechten Verhältnis zur Schuld stehen. Darüber hinaus kann es erforderlich sein, daß das Volk sich für die Zukunft gegenüber dem Verbrecher sichert. Dieser Erwägung verdanken die sichernden Maßnahmen des Staates ihre Entstehung. Auch der liberale Staat sah Sicherungsmaßnahmen als geeignetes Mittel zur Aufrechterhaltung der sozialen Ordnung an. Auf diesem Gebiet finden wir also, wenn auch auf Grund verschiedener grundsätzlicher Erwägungen, praktische Einigkeit, freilich nicht in der Ausgestaltung im einzelnen, wohl aber über die Notwendigkeit und Berechtigung solcher Maßnahmen.

23. Nov. 1935

05529-0008-BL

Frankfurter Zeitung (Frankfurt a. M.)

Nr. 598

### Volksgewissen als Rechtsquelle.

Ein Vortrag Dr. Freislers in Leipzig.

\* Leipzig, 21. Nov. Staatssekretär Dr. Freisler, der aus Anlaß der Amtseinführung der beiden „Großen Senate“ am Reichsgericht mit dem Reichsjustizminister Dr. Gürtner nach Leipzig gekommen war, hielt am Donnerstag in der Aula der Universität einen Vortrag über das Thema: Volksgewissen als Quelle des Rechts. Staatssekretär Dr. Freisler führte u. a. aus: In der Epoche des Positivismus wurde nur das ausdrücklich geformte Recht

anerkannt. Dieses Recht war emanzipiert von der Kraft, die dieses Recht geformt und es damit erst eigentlich zum Recht erhoben hatte. In dieser Rechtsfassung lag zugleich eine Ueberschätzung des Gesetzes und seiner Einflußnahme auf das öffentliche Leben, eine Ueberschätzung, die sogar in der Verfassung ihren Niederschlag fand. Diese positivistischen „Grundrechte“ wurden zu Garantien individueller Freiheitsphären. Der Lebensdrang erstarrte in formaler Sicherheit; die Gesetzesvollständigkeit wurde in die Zwangsjacke der Einzelregelung gepreßt, der Präjudizienkult triumphierte; das Hilfsmittel drohte Herr zu werden über die Rechtslage und die Rechtspflege.

Im Dritten Reich haben sich die geistigen und sittlichen Grundlagen völlig verändert: Nicht der einzelne Mensch, sondern das Volk ist Ausgangspunkt, Sinn und Vollendung des Lebens. Das Recht kann daher nicht das Klugheitsprojekt zum Schutze möglichst vieler Individuen sein. Das Recht ist jetzt im Grunde das Volksleben selbst, so wie der Staat die geballte Erscheinungswelt des Volkes ist. Das Gewissen des Volkes sagt uns unmittelbar, was Inhalt und Wesen des Rechtes sein muß.

Staatssekretär Dr. Freisler erinnerte sodann an den Ausspruch des Führers und Reichskanzlers auf dem Leipziger Juristentag: „Es gibt keinen Unterschied mehr zwischen Recht und Moral!“ Damit sei eine Revolution vollzogen. Das Volksgewissen sei nun die anerkannte Rechtskenntnisquelle. Das sei der Ausgangspunkt der Rechtserneuerung im nationalsozialistischen Staat und seiner Rechtspflege. Das Recht sei zwar ewig, aber nicht weniger als das Volk selbst. Das Starre dürfe im Recht nicht die Ueberhand gewinnen, vielmehr müsse das Recht von bewegenden vorwärtstrebenden Kräften erfüllt sein. Das Recht sei nämlich kein Machtbehelf, sondern ein Entwicklungszustand. In den nationalsozialistischen Rechtsgrundlagen sei ein unzerbrechbarer Anschluß an das bluts-gebundene Empfindungsstreben des Volkes gestellt. Wichtiger als die gesetzgeberische Arbeit sei die rechtspolitische Erziehung des Volkes. Die Rechtserneuerung werde aber nicht durch Gesetz geschaffen, sondern durch führende Persönlichkeiten im Volke. Die Persönlichkeit müsse stark gemacht werden zur Dienst- und Opferbereitschaft für das Volk. Der neue Richter müsse daher ein ganzer deutscher sein und habe an seinem Teil nachzueifern dem Geiste unserer größten Persönlichkeit, Adolf Hitler.

P. Freisler, A.

05529-0009-Ber

Datum 21. Aug. 1937

## Kölnische Zeitung

Nr. 419/20

### Die Jugendschutzkammern

bb Berlin, 20. August.

Über die Bedeutung der vom Reichsjustizminister geschaffenen Jugendschutzkammern schreibt Staatssekretär Dr. Freisler in der „Deutschen Justiz“ u. a.:

Die Einrichtung sei nicht etwa getroffen worden, weil unsere Jugend gefährdeter wäre, sondern weil der Glaube an das Volk der Glaube an die Jugend ist und weil daher jedem gründlich auf die Finger geklopft werden muß, der es wagen sollte, daß gesunde körperliche Wachsen unserer Jugend zu gefährden, zu hemmen oder zu vergiften. Die Rechtspflege müsse ihre Aufgabe, Verbrecher an der Jugend unschädlich zu machen, rücksichtslos und hart erfüllen. Dabei sei zu beachten, daß nur wenige Arten von Vergehen an der Jugend auf Jugendliche als Opfer begriffsmäßig beschränkt seien, alle andern in der Statistik also heute noch zahlenmäßig nicht erfassbar seien. Die außerordentliche Bedeutung eines starken Jugendschutzes ergäben aber schon die zahlenmäßig erfaßten Fälle. So betrug allein im Jahre 1936 die Zahl der wegen Unzucht mit Personen unter 14 Jahren Verurteilten 7010.

Jugendschutzsachen werden künftig im ersten Rechtszug außer von der Jugendschutzkammer nur vom Schwurgericht oder vom Jugendgericht zu behandeln sein. Das Schwurgericht wird etwa den Lustmord am Jugendlichen zu verhandeln haben, während das Jugendgericht diejenigen Jugendschutzsachen bearbeitet, in denen auch der Täter jugendlich ist. Außer den in der Anweisung genannten Straftaten gehören nur solche vor die Jugendschutzkammern, die den Jugendlichen als Jugendlichen gefährden. Der Staatsanwalt soll dann vor der Jugendschutzkammer anklagen, wenn das Unrecht der Tat gerade im Angriff auf den Jugendlichen zu erblicken ist.

Die Aufgabestellung „Jugendschutz“ werde sich auch im Strafmaß auswirken. Wer sich, vor allem sittlich, an der Jugend vergreife, pflege das leicht immer wieder zu tun. Da sei es am Platz,

frühzeitig die Sicherungsverwahrung anzuwenden. Für die Jugendschutzkammer sollen in aller Regel Richter bestellt werden, die selbst Väter sind oder sich in Jugendschutz oder Jugendberziehung bewährt haben. Es werde zu prüfen sein, ob nicht auch die Schöffen nach gleichen Gesichtspunkten auszuwählen sind.

## Hamburger Tageblatt

Nr. 33 — — —

Staatssekretär Freisler sprach in Hamburg

# „Das Gesetz ist Befehl des Führers“

Die Verwirklichung des deutschen Volksrechts — Schutz dem Anständigen

Die Verwirklichung des deutschen Volksrechtes ist nicht Angelegenheit einer bestimmten Berufsgruppe, sondern die des ganzen Volkes. So etwa leitete Staatssekretär Dr. Freisler seinen aufschlußreichen Vortrag „Kampf um ein deutsches Volksrecht“ ein, den er im großen Saal von Sagebiel vor den Hörern der Hamburgischen Verwaltungsakademie und zahlreichen Gästen aus Staat und Partei hielt. Zuvor war er auf das herzlichste von Bürgermeister Krogmann begrüßt worden, der die besondere Bedeutung des Vortrages unterstrich.

### Zweifache Verschüttung

Dr. Freisler behandelte eingangs die besondere Tragik der deutschen Volksgeschichte, an der die deutsche Rechtsgeschichte einen ganz besonderen Anteil hatte. Ist doch das alte überkommene, volksnahe Recht, das bis ins Mittelalter hinein galt, durch übernommenes Recht überfremdet worden. Fälschlich nennen wir es „römisches Recht“; denn es hatte schon lange aufgehört, völkisches Recht zu sein und war lediglich durch blutleere Juristen erhalten worden. Zu diesem römisch-griechisch-byzantinischen Recht traten dann die Gedanken der französischen Revolution, die sich auf dem Gebiet des Staats-, Verfassungs- und Verwaltungsrechtes besonders bemerkbar machten. Sie brachten uns beispielsweise die Gewaltenteilung bei der Staatsleitung, die tatsächlich die Zusammenballung der

Volkskraft verhinderte. Zu der zweifachen Verschüttung des deutschen Rechtsgutes trat dann noch die Industrialisierung. Das geltende Recht vermochte diesen Gegebenheiten gegenüber nicht Schritt zu halten, aber — so rief der Vortragende aus — das Recht ist kein Recht, wenn es nicht Schritt halten kann mit dem Tempo des Lebens!

### Nicht Paragraphen allein

Ein neues Volksrecht dagegen läßt sich nicht durch neue Paragraphen aufbauen, sondern es muß im Volke wachsen. In dem Maße, wie es dem Nationalsozialismus gelingt, den Sieg in den Seelen der deutschen Menschen zu erringen und sie in einer Weltanschauung zu einigen, kann ein neues Rechtsgefühl entstehen.

Die Grundlage des alten Rechts war das Gesetz, die des neuen wird das Volksgewissen sein. Es hat also nur eine Quelle, deshalb werden auch Recht und Moral oder Gesittung übereinstimmen. Freilich wird das Recht so gestaltet sein, daß der Durchschnitt des deutschen Menschen seine Forderungen erfüllen kann.

### Gesetze und Richtungspunkte

Dabei wird man Gesetze nicht entbehren können, aber sie enthalten — wie die grundlegenden nationalsozialistischen Gesetze beweisen — weniger Einzelbestimmungen, als große Richtungspunkte. Das Gesetz ist jedoch ein Befehl des Führers, dem jeder zu folgen hat.

Staatssekretär Freisler wandte sich dann einigen trassen Punkten des alten Rechtes zu, die seine Erneuerungsbedürftigkeit besonders deutlich bezeugen. Allerdings hat man Deutschland dafür den Vorwurf gemacht, daß seine Rechtsicherheit geschwunden ist. Dagegen sagte Dr. Freisler, daß die Rechtsicherheit eine unveräußerliche Forderung jeder Gemeinschaft und die Grundlage allen Rechtes ist. Das darf aber nicht heißen, daß der geschützt wird, der durch Gesetzesmachen schlüpfen will, sondern der anständige Volksgenosse soll Schutz genießen.

Am Schluß seiner mit großer Anteilnahme aufgenommenen Ausführungen wandte sich Staatssekretär Dr. Freisler an die Rechtswahrer und Beamten und mahnte sie, sich in der Gemeinschaft und für sie immer wieder zu erziehen und dadurch der Volksgemeinschaft wirklich zu dienen.

### Vorwärts, immer vorwärts!

Die letzte Großkundgebung der Ortsgruppe Alostertor im Kreis 4 der NSDAP. erinnerte in ihrem äußeren Bild ganz an die Veranstaltungen der Partei in den letzten Jahren von der Macht-ergreifung. Der vorgegebene Saal reichte nicht aus, um die vielen Partei- und Volksgenossen, die gekommen waren, aufzunehmen. Es mußte ein zweiter Saal hinzugenommen werden, der sich auch in Kürze füllte.

Der Redner, Kreisleiter Pg. Morisse, bejahte die Frage, ob es überhaupt noch erforderlich ist, Versammlungen der NSDAP. abzuhalten. Aufgabe der NSDAP. sei es, immer wieder das Volk zur Mitarbeit an dem großen Werk unseres Führers zu aktivieren. Bei niemand gebe es ein Stillstehen, bei niemand ein hochmütiges Ausruhen. Die Aufgabe fange immer wieder von vorn an, die Quelle des Aufstieges des deutschen Volkes und



## Hamburger Tageblatt

Nr. 33 — — —

Staatssekretär Freisler sprach in Hamburg

**„Das Gesetz ist Befehl des Führers“****Die Verwirklichung des deutschen Volksrechts — Schutz dem Anständigen**

Die Verwirklichung des deutschen Volksrechtes ist nicht Angelegenheit einer bestimmten Berufsgruppe, sondern die des ganzen Volkes. So etwa leitete Staatssekretär Dr. Freisler seinen aufschlußreichen Vortrag „Kampf um ein deutsches Volksrecht“ ein, den er im großen Saal von Sagebiel vor den Hörern der Hamburgischen Verwaltungsakademie und zahlreichen Gästen aus Staat und Partei hielt. Zuvor war er auf das herzlichste von Bürgermeister Krogmann begrüßt worden, der die besondere Bedeutung des Vortrages unterstrich.

**Zweifache Verschüttung**

Dr. Freisler behandelte eingangs die besondere Tragik der deutschen Volksgeschichte, an der die deutsche Rechtsgeschichte einen ganz besonderen Anteil hatte. Ist doch das alte überkommene, volksnahe Recht, das bis ins Mittelalter hinein galt, durch übernommenes Recht überfremdet worden. Fälschlich nennen wir es „römisches Recht“; denn es hatte schon lange aufgehört, völkisches Recht zu sein und war lediglich durch blutleere Juristen erhalten worden. Zu diesem römisch-griechisch-byzantinischen Recht traten dann die Gedanken der französischen Revolution, die sich auf dem Gebiet des Staats-, Verfassungs- und Verwaltungsrechtes besonders bemerkbar machten. Sie brachten uns beispielsweise die Gewaltenteilung bei der Staatsleitung, die tatsächlich die Zusammenballung der

Volkskraft verhinderte. Zu der zweifachen Verschüttung des deutschen Rechtsgutes trat dann noch die Industrialisierung. Das geltende Recht vermochte diesen Gegebenheiten gegenüber nicht Schritt zu halten, aber — so rief der Vortragende aus — das Recht ist kein Recht, wenn es nicht Schritt halten kann mit dem Tempo des Lebens!

**Nicht Paragraphen allein**

Ein neues Volksrecht dagegen läßt sich nicht durch neue Paragraphen aufbauen, sondern es muß im Volke wachsen. In dem Maße, wie es dem Nationalsozialismus gelingt, den Sieg in den Seelen der deutschen Menschen zu erringen und sie in einer Weltanschauung zu einigen, kann ein neues Rechtsgefühl entstehen.

Die Grundlage des alten Rechts war das Gesetz, die des neuen wird das Volksgewissen sein. Es hat also nur eine Quelle, deshalb werden auch Recht und Moral oder Gesittung übereinstimmen. Freilich wird das Recht so gestaltet sein, daß der Durchschnitt des deutschen Menschen seine Forderungen erfüllen kann.

**Gesetze und Richtungspunkte**

Dabei wird man Gesetze nicht entbehren können, aber sie enthalten — wie die grundlegenden nationalsozialistischen Gesetze beweisen — weniger Einzelbestimmungen, als große Richtungspunkte. Das Gesetz ist jedoch ein Befehl des Führers, dem jeder zu folgen hat.

Staatssekretär Freisler wandte sich dann einigen trassen Punkten des alten Rechtes zu, die seine Erneuerungsbedürftigkeit besonders deutlich bezeugen. Allerdings hat man Deutschland dafür den Vorwurf gemacht, daß seine Rechtsicherheit geschwunden ist. Dagegen sagte Dr. Freisler, daß die Rechtsicherheit eine unveräußerliche Forderung jeder Gemeinschaft und die Grundlage allen Rechtes ist. Das darf aber nicht heißen, daß der geschützt wird, der durch Gesetzesmaschen schlüpfen will, sondern der anständige Volksgenosse soll Schutz genießen.

Am Schluß seiner mit großer Anteilnahme aufgenommenen Ausführungen wandte sich Staatssekretär Dr. Freisler an die Rechtswahrer und Beamten und mahnte sie, sich in der Gemeinschaft und für sie immer wieder zu erziehen und dadurch der Volksgemeinschaft wirklich zu dienen.

**Vorwärts, immer vorwärts!**

Die letzte Großkundgebung der Ortsgruppe Klosterort im Kreis 4 der NSDAP. erinnerte in ihrem äußeren Bild ganz an die Veranstaltungen der Partei in den letzten Jahren vor der Machtergreifung. Der vorgesehene Saal reichte nicht aus, um die vielen Partei- und Volksgenossen, die gekommen waren, aufzunehmen. Es mußte ein zweiter Saal hinzugenommen werden, der sich auch in Kürze füllte.

Der Redner, Kreisleiter Hg. Morisse, bejahte die Frage, ob es überhaupt noch erforderlich ist, Versammlungen der NSDAP. abzuhalten. Aufgabe der NSDAP. sei es, immer wieder das Volk zur Mitarbeit an dem großen Werk unseres Führers zu aktivieren. Bei niemand gebe es ein Stillstehen, bei niemand ein hochmütiges Ausruhen. Die Aufgabe fange immer wieder von vorn an, die Quelle des Opfergeistes, der völkischen Liebe und der wahren Tatfreudigkeit müsse täglich von neuem aufgedigelt werden, wenn nicht der tiefe Sinn der Wiedergeburt verblasen, der lebendige Inhalt zur täglichen Schablone, das Führertum zur bequemen äußeren Befehlsgewalt oder gar zur Willkür, die Gefolgschaft zum Byzantinertum herabsinken sollen.

# Staatssekretär Freisler über neue Rechtsauffassung

## Vor Verwaltungs-Akademie Bremen

Zu Beginn der am Donnerstag in der Glade abgehaltenen Sitzung der Verwaltungssakademie die Bremer Nachrichten zunächst Reg. Bürgermeister SA-Gruppenführer Böhm mit ehrenden Worten des so pflöglich vorbereiteten Präsidenten des Personalamtes des bremischen Staates Meyer, der als der Sachbearbeiter der eigentlichen Leiter der Verwaltungsakademie Bremen gewiesen sei. Staatssekretär im Reichsjustizministerium Freisler sprach darauf über die grundlegenden Wandlungen in der Auffassung des Nationalsozialismus über das Privatrecht. Es gebe kein Privatleben, das nicht im öffentlichen Leben stehe, von ihm befruchtet werde oder umgekehrt. Privatrecht und öffentliches Recht könnten in ihrer Gegenüberstellung daher keineswegs Ausdrud einer Gegenständigkeit sein. Recht solle nach nationalsozialistischer Auffassung die natürliche Ordnung eines gesunden Lebens sein, es könne also kein Recht geben, das nur die private oder nur die öffentliche Lebenssphäre regelt. Selbst für das intimste Verhältnis zweier Menschen, die Ehe, sei das Bedürfnis einer rechtlichen Regelung anerkannt gewesen. Das in seinen Grundzügen fertiggestellte neue Ehegesetz sei aber im Gegensatz zu früher durchaus auf die Belange der Gesamtheit abgestellt.

Auf allen Gebieten des Lebens und des Rechts müßten als die beiden Pole betrachtet werden die Gemeinschaft und die Persönlichkeit in ihrer wechselseitigen Befruchtung. Auf diese Polarität sei das Recht als die Ordnung des Lebens aufzubauen, kraftvoll und nicht kraftzerpaltend. Das Recht im liberalistischen Staat habe nur zwischen zwei auf eine Ebene aufstrebenden Parteien entscheiden wollen nach Paragrafen, die auf den Schatz des Einzelnen bedacht gewesen seien. Es habe den Kern des Lebens in eine rechtstrenge Sphäre, gewissermaßen eine Sphäre der „bürgerlichen Wohlstandigkeit“ geschickt. Recht und Moral aber seien zweierlei, obwohl sie zusammengehörten. Wenn freilich das Maß aller Dinge, das Sinn des Lebens nur der Einzelne sei, dann gebe es kein absolutes Maß. Daher habe die liberalistische Zeit in einer erscheidenden sittlichen Neutralität des Rechts gegenüber den Anschauungen des Volkes geführt. Recht müsse organisch wachsen und deshalb müsse das Volk Träger, Urprung und Ziel des Rechtes sein. Diese Erkenntnis führe zu einer Säuberung des Rechtslebens nach folgenden Gesichtspunkten:

1. Rechtlich-sittliche Gebundenheit des Rechts;
2. das Recht darf nicht neutral, sondern muß kämpferisch sein;



Phot. Cäppers

Staatssekretär Dr. Freisler im Gespräch mit Reg. Bürgermeister SA-Gruppenführer Böhmcker

3. Recht darf nicht zergliedern, sondern muß Kraft zusammenballen wollen;
4. Recht muß das Leben sehen, wie es ist und deshalb muß unser Rechtsdenken organisch sein.

Der Redner wies dann auf das neue Baurecht, das Grundbuchsgeles, Neuerungen in Bodenrecht usw. hin, die diesen Gesichtspunkten bereits Rechnung trügen. Auch das rechtliche Denken müsse dreidimensional, körperlich, sein, es müsse das Leben sehen, wie es wirklich ist, und

die Persönlichkeit im Zusammenhang mit ihrer Funktion. Über allem das müßigen stehen die sittlichen Postulate des Führers, die der Volksgemeinschaft.

Hamburger Fremdenblatt

Nr. 54

**Durchbruch  
des neuen Rechtsdenkens**

Eine Revolution kann nur dann wahrhaft diesen Namen tragen, wenn sie auf allen Gebieten des Lebens umwälzende Erneuerungen aus neuen Erkenntnissen schafft. Von dieser Tatsache ging Staatssekretär Dr. Freisler in seiner Rede aus, die er im Rahmen der Vortagsreihe über Gegenwartsfragen vor den Hörern der Hamburgischen Verwaltungs-Akademie gestern abend bei Sagebiel hielt.

Der Mitarbeiter des Reichsjustizministers sprach über die Umgestaltung des Rechtes. Er stellte die Begriffe Recht und Gemeinschaftsleben als eine und dieselbe Sache dar, die sich aufbaut auf den Grundlagen des Lebens: Rasse, Ehe, Arbeit, Boden, Staat, Ehre. In gut fundierten Ausführungen beleuchtete er die papierernen, blutleeren Gesetze vor der Machtübernahme und stellte die neuen Rechtsgedanken als Träger wirklichen Volksrechtes dagegen.

Durch die ganze deutsche Rechtswelt geht ein ehrliches Ringen um neues Rechtsdenken, das in jedem Falle dem Träger und Verkünder des Rechtspruches die Gewißheit gibt, den Erkenntnissen der nationalsozialistischen Weltanschauung Rechnung zu tragen. Die Rechtswahrer von heute betrachten sich als Kämpfer und Soldaten, weil das deutsche Recht kämpferisch und soldatisch geworden ist.

Staatssekretär Ahrens hatte den Redner in kurzer Rede begrüßt. Am Schluß des Vortrages dankte reicher Beifall dem Redner für seine tiefdurchdachten und gut formulierten Ausführungen.



Deutsche Allgemeine Zeitung (Berlin)

Nr. 101 / 02 Duplikat S. 10 p. 2. und 3. Spalten

## „Recht ist Dienst am Ganzen“

### Gürtner und Freisler eröffnen den Fortbildungslehrgang im Devisenstrafrecht

Von unserem Berichterstatter

ot. Aachen, 1. 3.

In festlicher Form wurde Dienstagabend in Anwesenheit von Reichsjustizminister Dr. Gürtner, Staatssekretär Dr. Freisler, Gauleiter Grohé und zahlreichen Ehrengästen aus Partei und Justiz der achttägige Fortbildungslehrgang im Devisenstrafrecht eröffnet, der 160 Richter und Staatsanwälte aus den Grenzbezirken des Reiches, aus der Ostmark und dem Sudetenland in Aachen zu ernster Arbeit vereinigen wird.

Nach einer Begrüßungssprache des Oberbürgermeisters der Stadt Aachen, Jansen, ergriff der Reichsjustizminister das Wort. Er erinnerte an den ersten Versuch in Jena, Richter und Staatsanwälte zu einem Fortbildungslehrgang zusammenzufassen, um ihnen die Weiterbildung auf einem Gebiet, das außerhalb des allgemeinen Strafrechts liege, zu ermöglichen. Dieser Versuch sei damals ausgezeichnet gelungen.

Auch das Devisenstrafrecht stelle nur einen kleinen, aber sehr wichtigen Ausschnitt des allgemeinen Strafrechts dar. Wenn man die Frage aufwerfe, was Justiz und Wirtschaft miteinander zu tun hätten, so müsse man antworten, daß wir heute in einer Zeit leben, in der die Führung des Volkes auch die Steuerung und Planung der gesamten deutschen Wirtschaft übernommen habe, und daß sie dabei unter allen Umständen ihren Willen zur Geltung bringen müsse. Dazu gehöre als letztes und äußerstes Mittel die Strafverfolgung. Weder könne unsere heutige Wirtschaftsführung auf die Justiz verzichten, noch dürfe sich die Justiz dieser Aufgabe entziehen. Das Lebensprinzip „Gleiches Recht für alle und gegen alle“ gelte auch hier. Jede Wandlung dieses Lebensgrundgesetzes würde auch das Recht in Willkür verwandeln. Die Tätigkeit des Richters und Staatsanwalts sei aller Deffentlichkeit ausgesetzt. Die völlige Hingabe des Rechtswahrers an den Dienst am Reich sei darum die feste Grundlage seines Wirkens. Der Reichsminister schloß mit den besten Wünschen für einen guten Erfolg des Lehrganges.

Staatssekretär Dr. Freisler gab dann in seinem Vortrag „Reich und Recht“ einen Überblick über die Entwicklung des Rechts während der letzten Jahrtausende, wobei er von dem germanischen Rechtsleben ausging. Die erste Norm des Rechts sei die Pflicht zum Dienst am Ganzen. Genau so wie der Führer von Volk und

Staat diese Pflicht durch die Tat anerkenne, so müsse dieses erste Recht das Gesetz des Handels für jedes Volksglied sein. Im Leben des Volkes gebe es im Grunde nur ein Recht, des Volkes Lebensrecht. Alles andere diene ihm in Pflichtverbundenheit. Die Einstellung auf das Ganze beherrsche das Arbeitsrecht, das Kaufmannsrecht, das Bodenrecht, die gemeindliche Selbstverwaltung und die ständische Reichsorganisation. Staatssekretär Freisler schilderte dann, wie mit dem Zerfall des Reiches auch das Recht zerfallen sei.

Während der Zeitgeist von der Gleichheit alles dessen gefaselt habe, was Menschenantlig trage, hätte das Recht weltfremd von „Vertragsfreiheit“ geschwärmt; Aussperrung, Streik und Klassenkampf seien zu Rechtsbegriffen geworden. Mit dem Neubau des Reiches seien auch Volk, Reich und Recht aneinander emporgewachsen; denn jeder Wandel sei zugleich ein Wandel des Rechtsganzen, und nichts sei außerhalb des Rechts geschehen. Das Gesetz zum Schutze des deutschen Blutes und der deutschen Ehre, das Ehegesundheitsgesetz und das Erbgesundheitsgesetz seien tragende Pfeiler des Rechtsbaues.

Heute ist der Staat, so zitierte Staatssekretär Freisler ein Wort des Führers, politisch wie rechtlich eine Erscheinungsform des Volksorganismus. Die Volkserneuerung des Nationalsozialismus war auch eine Revolution des Rechts, und den größten Kampf unseres Volkes hat der Führer als Rechtskampf geführt. Die Gründung des Großdeutschen Reiches war der Sieg des einzigen Rechts, das absolut in der Welt gelte, nämlich des Lebensrechts eines jugendstarken, einsatzbereiten und in sich geschlossenen Volkes. Dieses Recht konnte siegen, weil überall sonst unser Recht nicht auf Vorrechten, sondern auf Pflichten aufbaue. Was sei es anders als ein Bekenntnis zur Pflicht als dem Wesen des Rechts, so fragte Dr. Freisler, was unsere Bewegung durch freiwillig gebrachte Opfer zur treibenden Kraft des größten Gemeinschaftswerkes aller Zeiten erhob? Es sei die höchste Vollendung des Rechts, daß es im Inneren des Volkes lebe und vom Gewissen des Volkes getragen werde. So habe der Nationalsozialismus ein Reich des Rechts erbaut und baue es weiter aus. Und so lebe dieses Recht durch die sittliche Kraft des Volkes und durch die Macht des Reiches, unsere Freiheit sichernd, und darum seien auch die Wahren des Rechts Soldaten des Führers und Kämpfer des Volkes.

Freisler, P.  
Haack, P. G.

05529-0014-Bel

Datum 12. Mai 1939

Deutsche Allgemeine Zeitung (Berlin)

Nr. 223 · 24

## Gefehes-treue — Führer-treue

Staatssekretär Freisler und Prof. Bäumler vor den Beamten

dnb. Berlin, 11. 5.

Auf der Haupttagung beim Generalappell der deutschen Beamten in Frankfurt a. M. sprachen am Mittwoch Reichs-  
amtsleiter Universitätsprofessor Dr. Alfred Bäumler  
und der Staatssekretär im Reichsjustizministerium, Dr. Ro-  
land Freisler.

Professor Dr. Bäumler zeigte in seinem Vortrag die  
Grundzüge der historischen Wandlung vom Reichsgedanken  
zur Staatsidee auf, um abschließend darzustellen, inwie-  
weit sich aus dem Zusammenschluß beider die das heutige  
deutsche Beamtentum bestimmenden Wesensmomente er-  
gäben.

Staatssekretär Dr. Freisler stellte an der Entwicklung  
des germanisch-preußisch-deutschen Amtsträgertums dar,  
welcher Wille das Beamtentum im Großdeutschen Reich  
Adolf Hitlers beseele. „Der Germane war Krieger und trug  
als Krieger das Amt des Volkes: Treue und Einsatzberei-  
tschaft, Mannhaftigkeit und Einordnung waren seine  
Tugenden, die auch heute wieder den Beamten erfüllen.  
Der Lehensstaat gab ihm Lehen, den Amtsträgern die wirt-  
schaftliche Sicherstellung, geädelt durch persönliche Treue.  
So faßt auch der Beamte heute sein Amt als Treuepflicht  
auf, in ihm die Ehre sehend, den politischen Wert des Amts-  
trägertums. Preußen schuf den neuen Typ des Beamten,  
durch seine strenge Zucht, peinliche Genauigkeit, größte Ge-  
nügbarkeit, hohe Ehre und gründliche Sachkenntnis. Das  
neue Reich der Deutschen trägt in sich die sittlichen Kräfte  
und Grundlagen des germanischen Heerstaates. Die Hoch-  
zeit des deutschen Lebensreiches und die Blüte preußischer  
Pflichtgebundenheit; es ballt dies zu einer Einheit be-  
wußten Handels und damit unbegrenzter Einsatzbereitschaft  
zusammen. Organe dieses Reiches sind die deutschen Be-

amten. Das Amt ist das Lehen, der Dienst und die Ehre,  
die der Führer ihnen gab. Wie das Reich seinen ständi-  
gen politischen Bekenntnis- und Willensimpuls durch das  
Volk selbst, d. h. durch seine vom Führer geschaffene poli-  
tische Bewegung empfängt, muß auch der Beamte in Treue  
zum Führer in dieser politischen Bewegung mitmarschieren.  
Als Gefolgsmann des Führers wird der Beamte Diener  
des Volkes selbst sein. Für ihn ist darum die Kamerad-  
schaft heute nicht Phrase, sondern Bedürfnis.“

Freisler führte dann aus, wie der Befehl des Führers  
bekanntgegeben wird. Er kann als Sonderbefehl erteilt  
werden, aber auch allgemein durch das Gesetz. Darum ist  
Gesetzes- und Rechtstreue für den Beamten  
Führer-treue. Oft wird er hierbei vor Probleme  
gestellt. Sie kann er nicht aus dem eigenen Ich lösen,  
mag er auch noch so treu, von noch so gutem Willen erfüllt  
sein und noch so gründliche Sachkenntnisse haben. Ent-  
scheidend ist hier nur der Wille des Führers, dessen  
autoritäre Äußerungen wie Leuchtfener die Richtung der  
Reichserkenntnisse weisen. Als solche Leuchtfener bezeichnete  
Staatssekretär Freisler das Parteiprogramm, das Wort  
des Führers „Mein Kampf“, und die amtlichen Rund-  
machungen des Führers auf den Reichsparteitagen und  
vor dem Reichstag. Der Beamte, der sich nach diesen Rund-  
machungen richtet, wird die Unverbrüchlichkeit des Führer-  
befehls in sich aufnehmen. Er brauche dazu seine Fach-  
kenntnisse. Sie müssen heute auf ein Höchstmaß der Voll-  
kommenheit gesteigert werden, denn die Arbeit des  
Beamten finde ein reales Ergebnis nur in seiner Leistung.  
Fachkenntnisse bilden aber kein Sonderbereich, den man  
von politischen Grundanschauungen durch eine chinesische  
Mauer trennen könnte. Darum hat das nationalsozia-  
listische Beamtentum kein Ideal der Neutralität, sondern  
das Ideal mutigen einsatzbereiten Kampfertums.

Deutsche Allgemeine Zeitung (Berlin)

Nr. 16

## Rechtswahrer und Rechtspflege im ersten Kriegsjahre

Ein Bericht von Staatssekretär Freisler

daz. Berlin, 9. 1.

Der Staatssekretär im Reichsjustizministerium, Dr. Freisler, gibt in der amtlichen „Deutschen Justiz“ eine ausführliche Uebersicht über die Rechtspflege im Kriegsjahr 1940. Dieser umfangreiche Bericht, der zusammen mit weiteren Fachreferaten den einberufenen Rechtswahrern als instruktives Material über die Fortentwicklung in ihrem Zivilberuf überliefert werden wird, betont, daß der breite Strom des nationalsozialistischen Fronterlebnisses die ganze Rechtspflege ergreifen werde, wenn die „Rechtswahrer-soldaten“ als Sieger zurückkehren. Ebenso, wie grundsätzlich dafür gesorgt ist, daß kein Einberufener bei der Rückkehr in das Zivilleben irgendwelche Nachteile erleiden darf, so soll aus dem Bericht des Staatssekretärs auch der Rechtswahrer an der Front entnehmen, daß für ihn, wenn er zurückkommt, ein Platz des Wirkens freigehalten ist, der ihm den Einsatz seiner Kräfte in der deutschen Rechtspflege des Friedens ermöglicht.

Zu Kriegsbeginn war für die jungen Rechtswahrer, die einberufen wurden, die vereinfachte erste und zweite Prüfung eingeführt worden. Ueber 900 Referendare haben im vergangenen Jahre die vereinfachte große Staatsprüfung abgelegt. Es gibt auch noch andere Ausgleichsmöglichkeiten, an die die Rechtspflege denkt, so die spätere Rüdpotentierung. Die Führung nach diesem Kriege wird dafür sorgen, daß der Fronteinsatz im Arbeitseinsatz und in der Personalförderung gebührend beachtet wird. An den großen Taten des vergangenen Kriegsjahres hat die deutsche Rechtspflege außer durch den unmittelbar soldatischen und den Einsatz in der Kriegsgerechtigkeitsarbeit noch durch einen dritten Einsatz Anteil: 3000 Vertreter der Rechtspflege sind in den besetzten oder eingegliederten Gebieten, vor allem im Osten, tätig geworden. Etwa 500

Rechtswahrer sind im Berichtsjahr von jenseits der Reichsgrenzen auf den Ruf des Führers ins Reich zurückgekehrt.

Außer in der Personalverwaltung war von der Arbeit der Rechtspflege am meisten die Strafrechtspflege Kriegszeit bestimmt und wird es auch für die ganze Kriegszeit bleiben. Das ist natürlich, denn die Volksgemeinschaft muß während des totalen Krieges mehr noch als sonst durch unerbittliche Abwehr vor jeder Störung ihrer Einheit bewahrt werden. Der Einbruch während der Verdunkelung, die Notzucht auf verdunkelter Straße, der Betrug an der Kriegerfrau unter Ausnutzung um die Sorge um ihren Mann, sind nicht mehr Diebstahl, Notzucht, Betrug. Sie sind Kriegsverbrechen. Die Kriegsmaßnahmen der Strafrechtspflege und das sachliche Kriegsstrafrecht haben ihre Bewährung dadurch bewiesen, daß nichts von ihnen zurückgenommen werden mußte. Wichtige Folgen aus der willensstrafrechtlichen Grundhaltung wurden gezogen. So ist der Zwang, den Versuch (und die Beihilfe) milder zu bestrafen als die vollendete Tat, ausdrücklich durch Ermöglichung einer Gleichbestrafung (ohne den Zwang hierzu) ersetzt worden.

Der „Gewaltverbrecher“ wurde in das Strafrecht eingeführt, seine Taten mit der Todesstrafe bedroht. In welchem Umfang diese Kriegsmaßnahmen Bestandteile des Friedensstrafrechts bleiben werden, läßt sich noch nicht sagen. Die Bekämpfung des Verbrechertums wurde dadurch gestärkt, daß der Verbrecher, der auf seine Verfolger schießt oder sonst gegen sie mit Waffen tätig wird, mit Todesstrafe bedroht wird. Auch sonst ist der Schutz desjenigen, der sich bei Verfolgung von Verbrechern persönlich einsetzt, dem der Justiz- und Polizeibeamten gleichgestellt worden. Das wird dazu beitragen, das Aufkommen eines Gangstertums bei uns unmöglich zu machen. Diese Bestimmungen dürften Friedensrecht bleiben.



Freisler, Dr. Roland

05529-0016-Bre

Signatur

P

Datum 25. Aug. 1942

Frankfurter Zeitung (Frankfurt a. M.)

Nr. 432

Der neue Präsident des Volksgerichtshofs, Dr. Roland Freisler, steht im neunundvierzigsten Lebensjahre. Auch er hat als Reserveoffizier am ersten Weltkriege teilgenommen. Nach dem Kriege ließ er sich in Kassel als Rechtsanwalt nieder. Sehr früh bereits betätigte er sich führend in der nationalsozialistischen Bewegung; 1932 war er einer der ersten nationalsozialistischen Abgeordneten im Preußischen Landtag. Im März 1933 trat er als Ministerialdirektor und Leiter der Personalabteilung in das damals von Minister Kerrl geleitete Preußische Justizministerium ein, Ende Mai wurde er hier Staatssekretär. Als dann mit der Rechtspflege die Geschäfte des Preußischen Justizministeriums auf das Reich übergingen, wurde Dr. Freisler neben Dr. Schlegelberger als Staatssekretär in das Reichsjustizministerium berufen. In der „Akademie für Deutsches Recht“ hatte Dr. Freisler von Anfang an den Vorsitz des Strafrechtausschusses inne.

Schon vor seiner Berufung in eine amtliche Tätigkeit war Dr. Freisler als publizistischer Vorkämpfer einer neuen nationalsozialistischen Reichspolitik der breiteren Öffentlichkeit bekannt geworden. Mit unermüdlichem Eifer und mit starkem Temperament hat er dann seine Ideen zur volkstümlichen Erneuerung des Rechts in Reden, Aufsätzen und Büchern verfochten, vor allem auch auf dem Gebiete des Strafrechts, an den vorbereitenden Arbeiten für das neue Strafgesetzbuch hat er ebenso im Rahmen seiner ministeriellen Wirksamkeit wie in zahlreichen Veröffentlichungen und Reden sehr aktiv teilgenommen.

05529-0017-Bel

Signatur

Freisler, Roland  
F. Freisler, Roland

Datum

10. Feb. 1945

~~La Prensa (Buenos Aires)~~

~~Nr.~~  
Hamburger Zeitung

Nr. 35

### Dr. Freisler gefallen

Berlin, 10. Februar

Bei dem Terrorangriff auf die Reichshauptstadt am 3. Februar ist der Präsident des Volksgerichtshofes, Dr. jur. Roland Freisler, gefallen.

Dr. Freisler, der seit 1923 im Dienst der nationalsozialistischen Bewegung stand, war im August 1942 Präsident des Volksgerichtshofes, des höchsten deutschen Gerichts für die politische Strafrechtspflege, geworden. Als solcher leitete er auch den Prozeß gegen die Verräter des 20. Juli 1944.



05529-0018-BCC

Freisler  
P. Robert

17. Feb. 1950

**Die Welt (Hamburg)**

**№ 4 1**

## **Nachlaßverfahren gegen Freisler**

**Kassel, 16. Februar**

Gegen den ehemaligen Vorsitzenden des Volksgerichtshofs, Robert Freisler, der 1944 bei einem Luftangriff in den Kellern des Volksgerichtshofs durch einen Eisenträger erschlagen wurde, wird im März die Kasseler Spruchkammer ein Nachlaßverfahren durchführen. Freisler war in Nordhessen als alter und aggressiver Parteigenosse bekannt. (UP)